



HESSISCHER LANDTAG

06. 02. 2024

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Friedliche Bauernproteste ernst nehmen – bäuerliche Landwirtschaft stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstützt die Ziele der friedlichen Proteste der hessischen Landwirtinnen und Landwirte, die sich gegen überproportionale Belastungen für die Landwirtschaft wenden, die aktuell und in den vergangenen Jahren entstanden sind. Der Landtag begrüßt, dass sich der Hessische Bauernverband in aller Deutlichkeit gegen die Vereinnahmung der Proteste durch rechtsradikale Kräfte gewehrt hat. Ebenso begrüßt der Landtag, dass die Bundesregierung auf die Proteste reagiert und weitere Gespräche angekündigt hat.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die hessische Landwirtschaft auf den Weg zu bringen. Dazu gehört, die bestehenden Instrumente Grundstücksverkehrsgesetz und Landpachtgesetz dahingehend zu schärfen, dass ortsansässigen Landwirtinnen und Landwirten sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründern der Zugang zu Landwirtschaftsflächen durch Pacht oder Kauf erleichtert wird.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen eines Agrarstrukturgesetzes Maßnahmen zu ergreifen, um die fortwährende Steigerung von Pacht- und Kaufpreisen bei landwirtschaftlichen Grundstücken einzudämmen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich bei den aktuell anstehenden Entscheidungen zur Überarbeitung der Ökoregelungen im Rahmen der Direktzahlungen für eine Förderung der Milchviehweidehaltung einzusetzen, damit zukünftig auch die Weidetierhalter in Hessen für ihre besondere Leistung für Biodiversität und Tierwohl im Rahmen der Direktzahlungen honoriert werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zur Unterstützung der Planungssicherheit für Landwirtinnen und Landwirte bestehende Förderprogramme für konventionell und ökologisch wirtschaftende Betriebe hinsichtlich des Gesamtangebotes und der Förderhöhe fortzuführen. Als Ausbauziel für den Ökolandbau sollen 30 % bis zum Jahr 2030 angestrebt werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, durch konsequentes Eintreten für Wahlfreiheit und Kennzeichnungspflicht beim Einsatz von Gentechnik, den hessischen Landwirtinnen und Landwirten, die bisher Produkte für den gentechnikfreien Markt produzieren, dieses auch zukünftig zu ermöglichen. Gleichzeitig wird dadurch auch die Wahlfreiheit für die hessischen Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin gewährleistet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Februar 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)